



Herrn Kreistagsvorsitzenden
Johannes Volkmann
Karl-Kellner-Ring 51
35576 Wetzlar

02.11.2023

Antrag: Solidarisch an der Seite Israels: Terror bekämpfen – jüdisches Leben schützen

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender Volkmann,

wir bitten Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Kreistagssitzung zu nehmen:

Der Kreistag möge beschließen:

1. Der Kreistag ist schockiert und zutiefst erschüttert über die Gräueltaten, die die Terrororganisation Hamas an Juden in Israel verübt hat und steht fest und in voller Solidarität an der Seite Israels. Der Kreistag verurteilt die feigen Terrorangriffe der Hamas-Terroristen gegen Israel auf das Schärfste. Die Sicherheit Israels ist Teil deutscher Staatsräson.
2. Der Kreistag stellt fest, dass die Schuld für die aktuelle Eskalation alleine die Hamas trägt. Jegliche Rechtfertigung ihrer Terrorangriffe hat in unserem Kreis keinen Platz. Eine Verhöhnung der Opfer, die Verbreitung von Propagandamitteln von Terrororganisationen oder das Verbrennen von Israelflaggen werden auf unseren Straßen nicht geduldet. Der Kreisausschuss wird gebeten, hierbei alle rechtstaatlich zulässigen Mittel zu ergreifen.
3. Der Kreistag begrüßt Solidaritätsadressen wie das Hissen israelischer Fahnen vor öffentlichen Gebäuden. Der Kreistag bittet den Kreisausschuss, gegenüber dem israelischen Generalkonsulat unser Mitgefühl auszusprechen.
4. Der Kreistag sieht mit Sorge den wachsenden Antisemitismus in Deutschland, aber auch im Lahn-Dill-Kreis, der sich aus unterschiedlichen Quellen speist. Der Kreistag tritt jeder Form des Antisemitismus entschieden entgegen. Jüdische Menschen müssen im Lahn-Dill-Kreis angst- und diskriminierungsfrei leben können. Soweit dem Kreisausschuss antisemitische Vorfälle in Einrichtungen des Lahn-Dill-Kreises bekannt werden, wird er gebeten, diesen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzutreten.
5. Wer Terror verteidigt, kann nicht Teil unserer demokratischen Gesellschaft sein. Der Kreistag bittet daher den Kreisausschuss, vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen eine Sondersitzung WIR-Beirats einzuberufen. Im Rahmen der Sondersitzung muss klargemacht werden, dass das Existenzrecht Israels geachtet wird und die Terroraktionen der Hamas gegen Israel durch nichts zu rechtfertigen sind. Politik und Zivilgesellschaft sind jetzt gemeinsam zum Handeln aufgerufen.

Begründung:

Aus seiner Geschichte heraus hat Deutschland eine besondere Verantwortung gegenüber dem Staat Israel. Das Existenzrecht Israels und die Sicherheit seiner Bürger ist Teil unserer Staatsräson. Deshalb ist es geboten, die terroristischen Gräueltaten der Hamas auf allen Ebenen zu verurteilen und durch klare Zeichen unser Mitgefühl mit Israel auszudrücken.

Eine besondere Verantwortung haben wir auch für Menschen jüdischen Glaubens, die in Deutschland leben. Es ist beschämend, dass in Deutschland antisemitische Vorfälle zunehmen und sich Juden nicht mehr sicher fühlen. Deshalb muss auch der Lahn-Dill-Kreis alles in seiner Macht stehende tun, um dem Antisemitismus entgegen zu wirken. Mit dem WIR-Beirat verfügt der Kreis über ein wichtiges Gremium, das in der aktuellen Situation einen Beitrag leisten kann, indem er das Existenzrecht Israels bekräftigt und die Terroraktionen der Hamas gegen Israel verurteilt.

Cirsten Kunz
Vorsitzende der SPD-
Fraktion im Kreistag des
Lahn-Dill-Kreises

Martina Klement
Vorsitzende der Fraktion
Bündnis90/Die Grünen im
Kreistag des Lahn-Dill-Kreises

Jörg Ludwig
Vorsitzender der FWG-
Fraktion im Kreistag des
Lahn-Dill-Kreises

Dr. Matthias Büger
Vorsitzender der FDP-
Fraktion im Kreistag des
Lahn-Dill-Kreises